

# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Alltäglicher Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,15 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer Gewalt: Bezieher können die Bezahlung des Bezugspreises streifen usw. ersetzlicher Anspruch auf Lieferung bzw. Rückerstattung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5spaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3spaltige Kleinzeile 40 Pfg., Ausnahmungsgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für wichtige Wiederholungen und unentgeltlich für die ersten drei Tage, sind besondere Anzeigen zu bezeichnen. — Die Kosten der Anzeigen sind durch den Anzeigennehmer zu zahlen. — Der Anzeigennehmer ist verpflichtet, den Anzeigen den Namen, die Adresse und die Zeit der Anzeigenabgabe vorzulegen. — Die Anzeigen sind zu zahlen. — Die Anzeigen sind zu zahlen. — Die Anzeigen sind zu zahlen.

## Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 24

Donnerstag, den 25. Februar 1932

34. Jahrg

### Verordnung über die Preisbildung für den Mineralwasser-Verkauf im Kleinhandel vom 9. Februar 1932.

Auf Grund der §§ 1, 3, 4 und 7 der Verordnung über die Befugnisse des Reichskommissars für Preisüberwachung vom 8. Dezember 1931 (Reichsgesetzblatt I S. 747) wird hiermit folgendes verordnet:

§ 1.  
Für den Kleinverkauf von Mineralwasser, Tafelwasser, künstlichem Mineralwasser (Säuer und Smineralwasser) und Solewasser in Ladengeschäften, Apotheken, Gaststätten und ähnlichen Gewerbebetrieben werden hinsichtlich der Bruttoverkaufspreise die nachstehenden Höchstpreise festgelegt:

1. In Apotheken und Ladengeschäften darf die Bruttoverkaufspreis für 4/1 Liter je Flasche nur dann übersteigen, wenn ein 30prozentiger Zuschlag zum Einstandspreis eine höhere Summe ergibt; bei Mineralwasser ist ein Höchstzuschlag von 36 v. H. statthaft. Diese Festlegungen beziehen sich auf die Abgabe von einzelnen Flaschen. Bei größerer Abnahme sind die bisher üblichen Mengenrabatte weiterzugeben;
2. In einfachen Gaststätten und ähnlichen Gewerbebetrieben (Tischhäusern) darf die Bruttoverkaufspreise sowohl bei der Abgabe in der Gaststätte wie bei dem Verkauf über die Straße 12 Pfg. je Flasche nur dann übersteigen, wenn ein 30prozentiger Zuschlag zum Einstandspreis eine höhere Summe ergibt;
3. In Gaststätten mit höherem Aufwand und in solchen, in denen Verköstigungen oder musikalische oder ähnliche unterhaltende Darbietungen nicht mehrmals am Tag gegeben werden, ferner in Spezialgaststätten und in nicht häufigen Wirtschaftsbetrieben (Ausflugstafeln) beträgt die höchstzulässige Bruttoverkaufspreise:

bei einem Einstandspreis bis zu 13 Pfg. je Flasche 20 Pfg. bei einem Einstandspreis über 13 Pfg. bis 16 Pfg. 22 Pfg. über 16 Pfg. bis 19 Pfg. 24 Pfg. über 19 Pfg. bis 21 Pfg. 26 Pfg. bei einem Einstandspreis über 21 Pfg. ist ein Höchstzuschlag von 120 v. H. statthaft.

Bruttoverkaufspreise sind für den Unterschied zwischen Einstandspreis und Verkaufspreis und dem Abgabepreis an den Käufer zu ermitteln; die Errechnung der Zuschläge zum Einstandspreis ist der Preisbildung für den Verkauf von Mineralwasser nach dem Abgabepreis an den Käufer auf Preisüberwachung nach oben abzugeben.

§ 2.  
Ergibt die Errechnung der Zuschläge zum Einstandspreis den Verkaufspreis, so ist der Verkaufspreis an den Käufer auf Preisüberwachung nach oben abzugeben.

§ 3.  
In Ladengeschäften und Apotheken sind Preisberechnungen mit dem Grund der Verordnung sich errechnenden Kleinverkaufspreisen auf sichtbar auszubringen.

Diese Verordnung tritt am 20. Februar in Kraft.

Kemberg, den 9. Februar 1932.

Der Reichskommissar für Preisüberwachung,  
Hr. Dr. Goebel.

### Veröffentlichung

Kemberg, den 24. Februar 1932.

### Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.

Von dem Unternehmer Oswald Anders in Leipzig ist zur Verbindung der bereits bestehenden Kraftfahrlinie Preßitz—Bad Schmiedeberg—Kemberg und der der Anhaltischen Landeselenbahn-Gesellschaft bereits genehmigten Kraftfahrlinie Bahnhof Wörlitz—Preßitz—Gohrau—Wippen bis zur Landesgrenze die Einrichtung einer

## Kraftfahrlinie

von Kemberg über Bergwitz—Selbzig bis zur Landesgrenze

beantragt worden. Um der Kleinbahn zwischen Kemberg und Bergwitz einen Wettbewerb zu bereiten, soll zwischen Bergwitz und Kemberg kein Zwischenverkehr stattfinden.

Einsprüche gegen dieses Unternehmen sind binnen drei Wochen an den Herrn Landrat in Wittenberg zu richten. Kemberg, den 24. Februar 1932.

### 33) Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.

Am 1. März findet eine Schweinezählung statt.

## Schweinezählung

Die Zählungsergebnisse dienen volkswirtschaftlichen und statistischen Zwecken. Wir bitten die Viehhalter, den mit der Zählung Beauftragten genaue Auskunft zu geben. Viehverheimlichungen sind strafbar.

Kemberg, den 23. Februar 1932

### 34) Der Magistrat.

Unterstützungsempfänger, denen die Unterstützung durch die hiesige Kämmerlei gezahlt wird, können, soweit sie

## Reichsfleischbezugscheine

hatten, am Donnerstag, den 25. ds. Mts., vorm 8—12 Uhr in der Kämmerlei für die Zeit vom 15. 2. bis 19. 3. cr. gültigen Bezugscheine abholen.

Kemberg, den 22. Februar 1932.

### 30) Der Magistrat.

## Der erste Tag.

### Wieder Reichstag — Erregte Verhandlungen

Reichstagsbeginn und politische Abklärung — das sind notgedrungen zwei zusammengehörige Begriffe geworden, seit Ausschreitungen, seit planmäßige Demonstrationen und Störungsversuche gezeit haben, daß man nur mit polizeilichem Schutz aufgetragene Elemente in Ruhe halten kann. So war es schon ein gemohntes Bild, wenn am frühen Vormittag Volkswagen, rings um das Reichstagsgebäude anmarschierte, wenn die seit den Morgenstunden wartenden Massen zurückgebrängt werden mußten, wenn man die ganze Umgebung des Reichstagsgebäudes bis zum Brandenburger Tor und bis an das Spreewerkschloß, wenn die Säulen des Brandenburger Tores mit Seilen umbunden wurden, um den Aufmarsch von Demonstranten von vornherein unmöglich zu machen. Welche eigenartige Anziehungskraft Parlamentarismustagen auf manche Schichten der Bevölkerung haben, zeigte sich trotzdem in den von der Abklärung unberührten Straßen. Weil hinter dem Brandenburger Tor, unter den Eichen und auf der Wilhelmstraße standen Reichswehrgenossen, ohne daß sie wohl leuchten mußten, was sie nun eigentlich hier sehen wollten.

Zu sehen gab es eigentlich erst am Morgen im Reichstagsgebäude selbst und da vor allem im Sitzungssaal. Es war zunächst ein nicht unerfreuliches Bild. Dieser überfüllte Parlamentsaal, die überfüllten Tribünen, die Regierungsbank, auf der sämtliche Minister Platz genommen hatten, die Bank des Reichsrats mit den Ländervertretern — das alles konnte in dem Behälter einen Augenblick lang das Gefühl hervorrufen, als ob das deutsche Parlament wirklich mit dem Ernst und mit der Anteilnahme an einer der wichtigsten Staatsakte an die Wahl des deutschen Staatsoberhauptes für diesen Jahre, heranzöge. Man bemerkte freilich sehr schnell Unruhe und lebhaftes Hin und Her auf den Bänken, nachdem unter verhältnismäßiger Ruhe Reichsminister Groener gesprochen hatte, als der Redner der NSDAP, der Abgeordnete Goebbels, das Wort ergriff. Im Verlaufe seiner Rede kam es aber zu derartigen Zärtlichkeiten, daß die Sitzung unterbrochen werden mußte.

### Sitzungsbericht.

Haus und Tribünen sind überfüllt. Am Regierungstisch haben Reichstagsredner Dr. Brüning, Wiselanger, Dietrich und die Reichsminister Siegelward, Groener und Joel Platz genommen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stimmt das Haus einem kommunikativen Antrag auf Festsetzung des Abg. Kohnmann (Komm.) zu. Abg. Förlinger (Komm.) beschwert sich darüber, daß Abgeordnete durch die polizeilichen Abklärungsmassnahmen Schwierigkeiten gemacht worden seien, in das Reichstagsgebäude zu gelangen. Er beantragt sofortige Aufhebung der polizeilichen Abklärungsmassnahmen und Entfernung der Polizei aus dem Reichstagsgebäude. Die von dem Kommunisten gewünschte sofortige Beratung dieses Antrages scheitert am Widerpruch aus dem Hause.

Als einziger Punkt steht auf der Tagesordnung die Beschlußfassung über den Wahltag für die Wahl des Reichspräsidenten. Damit verbunden ist die große innen- und außenpolitische Ansprache.

### Reichsminister Groener

begründet den Vorschlag der Reichsregierung, als Wahltag für den ersten Wahlgang den 13. März und als Tag des zweiten Wahlganges den 10. April festzusetzen. Er betont, daß die Neuwahl so zeitig vorbereitet werden muß, daß am 5. Mai, an dem die Amtsperiode des Reichspräsidenten von Hindenburg abläuft, ein Reichspräsident, neu gewählt, zur Übernahme des Amtes vorhanden sein muß. Der Minister hebt hervor, daß nach den Ausführungsbestimmungen zum Reichspräsidentenwahlgesetz eine Beschlußfassung des Reichstages über einen zweiten Wahlgang erst erforderlich sein würde, wenn dessen Notwendigkeit feststeht. Um ein für alle Mal diese technische Frage zu erledigen, empfiehlt es sich, schon jetzt einen Entschluß über den Tag des zweiten Wahlganges festzusetzen.

Ich brauche wohl nicht näher zu begründen, so erklärt der Minister, daß während der öffentlichen Zeit eine Wahl nicht stattfinden kann. So ergeben sich aus der Wahltechnik wie aus der Aktenbeilage zwangsläufig der 13. März und der 10. April. Namens der Reichsregierung empfiehlt der Minister, dem Vorschlag zuzustimmen. Die Reichsregierung werde dafür sorgen, daß die Wahlvorkehrungen ungehindert vor sich gehen könnten. Allen Versuchen, Wahlversammlungen durch gewalttätiges Vorgehen zu verhindern und dadurch die in der Verfassung garantierte Wahlfreiheit zu beeinträchtigen, werde auf das schärfste entgegengetreten werden.

### Hr. Dr. Goebbels (Nat.-Soz.)

erklärt: Das hervorzuheben verdient der politischen Entwicklung der letzten zwei Jahre in Deutschland ist der 14. September 1930. Aus dem Vorfalle der bürgerlichen Parteien kristallisierte sich eine 6 1/2-Millionen-Armee der Nationalsozialisten. Anstatt daß die Nationalsozialisten nun an der Macht beteiligt würden, erklärte Reichstagsredner Dr.

Brüning an dem Tage nach der Wahl, es habe sich nichts geändert, es bleibe beim alten Kurs. Diese Erklärung stelle eine Verfälschung des Wahlergebnisses dar. Nicht die Schuld der Nationalsozialisten ist es, daß der deutsche Kredit im Ausland ins Wanken gekommen ist (leb. Widerspruch links und bei Fr.), sondern es ist die Schuld der Regierung, die verhindert hat, daß die Nationalsozialisten den Anteil an der Macht erhielten, den ihnen das Volk durch die Wahlen zugeprochen hat. (Leb. Beifall bei den Nat.-Soz.)

Das Jahr 1932 wird für Deutschland die endgültigen politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen bringen.

Der Redner umreißt die augenblickliche wirtschaftliche und politische Lage, die ein Bild grauenvoller Vermüllung biete. Die Notverordnungsfrist hat die Gesundheit des deutschen Volkes zerrüttet. Am Innern verdrängen sich die Gegensätze mehr und mehr. Der Reichstagsredner hat bei seinem Amtsantritt erklärt, erst die Finanzen sanieren und dann die großen außenpolitischen Fragen in Angriff nehmen zu wollen. Diese These war von vornherein ein Fehlschuß, sie verwehdelte Ursache und Wirkung. Die Finanzen sind in Unordnung, weil sie ewig durch eine Tribuspolitik bedroht wurden, die sich vor der ganzen Welt als undurchführbar erwiesen hat.

In der Außenpolitik hat die Reichsregierung eine katastrophale Niederlage nach der anderen in niegeändertem Ausmaß erlitten. Ihr steht auf die Verbindung mit den breiten Massen des Volkes. Sie steht auf einer wackelnden und in sich zerbrochenen Parlamentarismustheorie, die sich nicht mehr der Mehrheit des Volkes selbst erheut.

Wir haben uns leidenschaftlich gegen die Annahme des Young-Planes zur Wehr gesetzt. Das amtliche Deutschland trat uns entgegen, die Minister prangerten am Radio die Führer der nationalen Oppositionsbewegung als wirtschaftliche und politische Landesverräter an. (Unruhe links. — Präsident Löbe erhebt mehrfach am Rufe.)

Die Nationalsozialisten haben das Recht, von der Regierung Rechenschaft zu verlangen über das, was sie versprochen und was sie geleistet hat.

Der Redner geht ein in die Einzelheiten der Notverordnungsmaßnahmen ein und erwähnt dabei u. a., daß im Verlaufe des letzten halben Jahres gegen 28 nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Redeverbote verhängt worden seien. Am Laufe von drei Monaten habe die nationalsozialistische Bewegung 24 Tote zu verzeichnen. (Fortgesetzt: Frau-Löbe bei den Nat.-Soz.) Der Redner tritt weiter die Bemerkung des Reichstagspräsidenten Löbe in einer Rede an, die nach die Mächtigkeitsdemonstration der Nationalsozialisten den Bürgerkrieg bedeuten würde. Nach Erlaß der letzten Notverordnung hat der Reichstagsredner am Rande die nationalsozialistische Bewegung mit einem Affront bedacht, der bis dahin in der deutschen Innenpolitik noch nicht dagewesen ist. Man hat uns in Deutschland als Staatsbürger 2. Klasse behandelt.

Der Sach-Ausschuß stellt in der Tat einen Ausschluß dar. (Beifall bei den Nat.-Soz.) Es ist ein Verbrechen des Reichspräsidenten, wenn er erklärt, daß er seinen Platz nicht eigenmächtig verlassen wolle. Er ist auf hohen Jahre gewählt, und handelt nur pflichtgemäß, wenn er seinen Platz nach Ablauf dieser Zeit verläßt. Erhebt er weiterhin Anspruch auf unsere Stimmen, so muß er sich gefallen lassen, daß die von ihm verantwortete Politik kritisch überprüft wird. Nicht die nationalsozialistische Bewegung hat Hindenburg im Stich gelassen, nein, Hindenburg hat die Sache seiner Wehr im Stich gelassen. (Leb. Beifall rechts.) Er hat sich einseitig auf die Seite der Mitte und der Sozialdemokratie gestellt.

Als der Redner in diesem Zusammenhang die Sozialdemokraten Defektoren nennt, erhebt sich bei der angegriffenen Partei ungeheurer Lärm. Die sozialdemokratischen Abgeordneten drängen auf die Rednertribüne zu, ebenso die Nationalsozialisten. Durch andauernde Zwischenrufe wird Abg. Goebbels am Weiterreden verhindert. Als auf die Vorstellungen des Präsidenten einen Augenblick Ruhe eintritt, erklärt der Redner: Es ist mir bekannt, daß aus dem Reichstagsbüro der Sozialdemokraten eine Denkschrift herausgegeben ist, in der gefordert wird, daß der Landesrat sein Verbrechen löse. (Erneuter großer Lärm bei den Soz.)

Präsident Löbe verläßt vergeblich, Ruhe zu schaffen und ruft den Abg. Goebbels für den Vordruck „Defektoren“ zur Ordnung, nachdem er ihn gefragt hat, ob ihm bekannt sei, daß in der sozialdemokratischen Fraktion sich Kriegsteilnehmer und Kriegesgeheimnisse befinden. Die Sozialdemokraten verlangen aber förmlich, daß Abg. Goebbels die Beleidigung zurücknimmt. Ein entsprechender Ruf eines sozialdemokratischen Abg. wird von den Nationalsozialisten mit Hohngeklächter beantwortet. Präsident Löbe bittet erneut um Ruhe und bemerkt, daß er den Redner zur Ordnung gerufen habe und der Zwischenfall dadurch erledigt sei. Die Sozialdemokraten rufen: Er muß die Beleidigung zurücknehmen!

Nach weiteren vergeblichen Versuchen, die Ruhe wiederherzustellen, unterbricht Präsident Löbe die Sitzung für eine halbe Stunde.

### Die zweite Sitzung.

Nach etwa einstündiger Unterbrechung eröffnet Präsident Löbe die Sitzung wieder. Er erklärt, daß der Zettel-

strenge sich mit dem Zivilstand beschäftigt habe.

Auf Grund des Stenogramms habe Dr. Goebbels in Bezug auf den Reichspräsidenten v. Hindenburg erklärt, er sei gelobt worden von den Abgeordneten und von der Partei der Deutschnationalen. In dieser Beziehung sehe der Reichspräsident eine Beteiligung des Staatsoberhauptes und eine glückliche Verlebung der Ordnung des Hauses. Der Abg. Goebbels wird daher von der Sitzung ausgeschlossen.

(Händeklatschen im Zr. und bei den Sozialdemokraten.)  
Abg. Dr. Goebbels verläßt den Saal unter fortgesetzten Heil-Rufen seiner Parteifreunde.

Im Namen von Kriegsteilnehmern verschiedener Fraktionen meldet sich Abg. Lemmer (Staatsp.) zum Wort, kann sich aber bei größter Unruhe und lärmenden Zurufen von der Reden kaum durchsetzen.

Er erklärt, der Abg. Goebbels habe Mitglieder des Hauses beleidigt, die als Kriegsteilnehmer den Weltkrieg mitgemacht hätten.

Diese Erklärung habe bei den Fraktionen, für die er spreche, und in den Kreisen der Kriegsteilnehmerfraktionen größte Entrüstung hervorgerufen. (Vorherrschende große Unruhe. Die Abgeordneten drängen zum Rednerpult, die Ausführenden des Redners selbst gehen in Gärn unter.) Von allen Parteien seien eben Opfer auf dem Altar des Vaterlandes dargebracht worden.

Die Entschuldigung sei um so größer, als der Abgeordnete Goebbels und ein großer Teil seiner Fraktionskollegen den Weltkrieg nicht mitgemacht hätten.

Abg. Stubbenhoff (Dnall.)

erklärt, er habe in dem Gärn nicht klar verstehen können, wenn Herr Lemmer eigentlich verrete. Er nehme deshalb Veranlassung, zu betonen, daß dessen Erklärung für die Kriegsteilnehmer der deutschnationalen Fraktion nicht abgegeben sei.

Abg. Graf (Komm.)

erklärt, die Kriegsoffer würden gemeinsam mit dem Vorträtar ihre Sache gegen die kapitalistische Kriegspolitik der Sozialdemokraten und der Nationalsozialisten zu verteidigen wissen.

Abg. Straifer (Nat.-Soz.)

wird von den Linken mit lebhafter Unruhe empfangen. Der Redner protestiert gegen die unerhörte Gewalttätigkeit, die man gegen den Abg. Goebbels angewendet habe. Auf das Stichwort von der Partei der Deutschnationalen habe sich nur die Sozialdemokratie getroffen gefühlt. (Stürm. Beifall b. d. Nat.-Soz., Gelächter bei den Soz.) Dieser Name kann sich niemals auf jemand beziehen, der bis zum letzten Tage an der Front gestanden hat. Ich kämpfte lieber gegen den Feind, als daß ich insolge der marxistischen Bräutigamspolitik vor Hunger freiere! Mit schmerzlicher Spitzfindigkeit hat man aus den Worten des Abg. Goebbels eine Beteiligung konstruieren wollen. Er hat dabei von einem Lobe gesprochen, das kann niemals eine Beteiligung sein. Das sind die letzten Zustände eines unfähigen Systems, das sich, unfähig, sich selbst zu wehren, nur der Mittelbrutalität Bergewaltigung bedienen kann. (Beif. Beifall bei den Nat.-Soz. — Große Unruhe links und in der Mitte.)

Abg. Dr. Schumacher (Soz.)

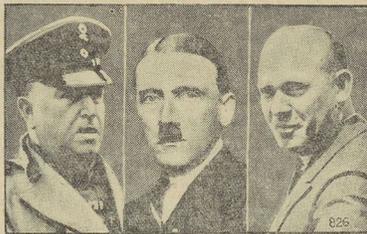
betont unter dem Gärn der Nationalsozialisten, es habe keinen Zweck, sich mit den Nationalsozialisten über Belästigungen zu unterhalten, da diese die Vereinnahmung geradezu zum System gemacht hätten. Die Sozialdemokraten hätten es nicht nötig, ihre durch Opfer an Gut und Blut erhärtete nationale Politik (Lachen bei den Nat.-Soz.) gegenüber der Nationalsozialisten zu verteidigen, von denen ein großer Teil sich erst seit zwei oder drei Jahren mit Politik beschäftigt. Die nationalsozialistische Agitation sei ein dauernder Appell an den inneren Schweinehund im Menschen (Großer Gärn bei den Nat.-Soz.) Wenn man irgend etwas bei den Nationalsozialisten anerkennen könne, so sei es die Tatsache, daß ihnen zum ersten Mal in der deutschen Politik die Mobilisierung der menschlichen Dummheit gelungen sei. Der Redner, der im Kriege einen Arm verloren hat, wendet sich gegen eine nationalsozialistische Behauptung, er habe sich selbst verliumelt, und erklärt noch, daß 70 Prozent der sozialdemokratischen Fraktion im Kriege im aktiven Heeresdienst gestanden hätten.

Abg. Ubricht (Komm.)

stellt fest, daß der Reichstag im Zeichen imperialistischer Kriegspolitik tage.

Abg. Baltzsch (Vollstn.) gab für die Reichsvereinerung der Jungdeutschen Bewegung die Erklärung ab, daß diese nach wie vor zu Hindenburg stehe.

Darauf wurde die Weiterberatung auf morgen vertagt.



Die Gegenkandidaten zur Reichspräsidentenwahl.  
Oberstleutnant a. D. Dueserberg, 2. Bundesführer des Stahlhelm; Adolf Hitler, Nationalsozialist; Ernst Thälmann, Kommunist.

### Für Dueserberg.

Der Wahlauftritt der DVP, und des Stahlhelms.

Berlin, 24. Februar.

Die Deutschnationale Volkspartei und der Stahlhelm veröffentlichen gemeinsam den nachstehenden Aufruf zur Reichspräsidentenwahl:

„Ein neuer Entscheidungskampf um die deutsche Zukunft hat begonnen. Es geht in ihm um die Aufrechterhaltung deutscher Arbeit und Wirtschaft, um Tributfreiheit und Wehrhoheit, um die Befreiung Preußens von marxistischer Vorherrschaft und um die Beseitigung eines unerträglichen Noterzwingungszwanges. Der Kampf gilt dem System und dem Geist des 9. November! Die auf die Sozialdemokratie gestützte Brüning-Front will dieses System erhalten. Es ist die Front der politischen Verzweiflung.“

Der Tag, an dem vor zwei Jahren der Reichspräsident den Jungpaulen unterführte, der 13. März, bringt Aufmarsch und Klärung der Fronten, die um die Reichspräsidentenwahl kämpfen.

Für den weiteren Verlauf der deutschen Geschichte ist es entscheidend, daß die bodenständigen, aufbauenden, kampfbereiten und erfahrenen Kräfte unseres Volkstums ihrer Bedeutung gemäß zum Einsatz kommen, und daß auch schon beim ersten Wahlgang keine Stimme der nationalen Front verlorengeht. Getreu den in Harzburg gegebenen Parolen haben sich deshalb die Deutschnationale Volkspartei und der Stahlhelm, unterstützt von zahlreichen, auf nationalem, christlichem und sozialem Boden stehenden Gruppen und Persönlichkeiten des politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens, zu enger Gemeinschaft für die Reichspräsidentenwahl und die ihr folgenden Entscheidungen in einem „Schwarz-weiß-roten Kampfbund“ zusammengeschlossen.

Als Kandidaten für den ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl haben sie den Stahlhelmführer Dueserberg aufgestellt.

Mit ihm tritt ein Führer der vaterländischen Wehrbewegung in die Schranken, dessen unermüdete, auf sozialem Frontgeist getragene Arbeit stets dem Ziele der politischen und wirtschaftlichen Freiheit Deutschlands gedient war. Zu seiner Wahl ruft der Kampfbund Schwarz-Weiß-Rot alle Deutschen auf, die entschlossen sind, zu kämpfen für bodenständige christliche Kultur, für Familie und deutsche Art, gegen offene und verleierte Gottlosigkeit, für den organischen Staat deutschen Blutes, gegen Weimarer Demokratie und internationalen Marxismus, für deutsche Wehrhoheit, gegen kapitalistische Entmannung, für den Schutz des Eigentums und der privaten Wirtschaft, für die Befestigung der Arbeitslosigkeit und für den Schutz der Arbeitskräfte.

### Wahlerklärung Dueserbergs.

Der Zweite Bundesführer des Stahlhelms, Oberstleutnant Dueserberg, der Kandidat des Kampfbundes Schwarz-Weiß-Rot, erläßt eine Erklärung, in der es heißt: „Zu unserem Bedauern hat der Reichspräsident von Hindenburg sich entschlossen, ohne Kursänderung und schon im ersten Wahlgang sich auflösen zu lassen. Wir vom Stahlhelm haben unsere Soldatenreue im Felde und vom November 1918 bis zum heutigen Tage nicht mit Worten, sondern mit Taten bewiesen.“

Die Reichspräsidentenwahl ist aber ein politischer Wahl.

Er kannte sie leider nur zu genau, aber um alles in der Welt hätte er dem Sohne gegenüber die Mutter nicht eines Verbrechens anklagen können.  
„Doch nun genug aller unnötigen Neben.“ fuhr er nach kurzer Atempause fort, „noch einmal frage ich dich, ob du dich meinen Bedingungen fügen willst.“  
„Lieber eine Angel durch den Kopf!“ braut Horst auf.  
„Nun gut — so wäre die Angelegenheit erledigt. Ich möchte dir nur noch zu bedenken geben, daß ein Rechenheft über dieses Mädchen von dir gefordert werden wird, und sieh zu, wie du es vor deinem Richter verantworten willst — und nun — adieu!“  
Schon war Konrad an der Tür, als Horst aufsprang; er war grün und gelb im Gesicht.  
„Halt, Konrad — ein Wort!“  
Konrad wandte sich langsam um:  
„Was willst du noch?“  
Ein schmerzlicher Atemzug entrang sich Horsts Brust, dann kam es fast tonlos von seinen Lippen:  
„Wie kannst du verlangen, daß ich in einer Stunde über mein Lebensglück entscheiden soll!“  
„Ich werde bis zum Radmittage warten!“  
„Und du — beharrst bei deiner Bedingung?“  
„Ja.“  
„Du willst mich also für mein ganzes Leben unglücklich machen?“  
„Nein, glücklich! Horst, Horst, halt du denn keine Spur von Zuneigung mehr für das Mädchen, das sich dir aus Liebe geopfert hat? — Allem Ansehen nach hast du sie doch auch geliebt, denn für einen Schürten will ich dich nicht halten!“  
„Weiß Gott — ich habe sie geliebt.“ stammelte Horst auf.  
„Nun also — was heißt noch zu deinem Glück? Brich alle unumwunden Beziehungen ab, trau dich danach, ein besserer Mensch zu werden, und es soll dir an nichts fehlen, das schwöre ich dir. Bist du auszuweichen, den Abschied zu nehmen, so gebe ich dir mein Gut Rheingraben in Vesterreich zur Verwaltung, später als Eigentum.“  
„Konrad — da wäre ein fürstliches Geschenk.“ unterbrach Horst den Bruder.

att. nicht eine militärische Handlung.

Ich neige mich in Ehrfurcht vor dem großen Generalfeldmarschall, den ich wie einen Vater verehere. Daß wir den Kampf um die Reichspräsidentenwahl ritterlich führen, ist für uns alle Soldaten selbstverständlich.

### Hitlers Kandidatur.

Dr. Goebbels kam im Sportpalast auf die Präsidentenwahlfrage zu sprechen und erklärte dazu u. a.: Wir wollen als Präsidenten einen Führer, einen Mann, der aus dem Volke hervorgegangen ist, der mit uns denkt und fühlt, der mit uns leidet und empfindet.

Genie, Parteigenossen, bin ich vielleicht der erste Gläubige, der Ihnen sagen darf: Hitler wird unser Reichspräsident!

Bei diesen Worten brach im Saal minutenlanges Beifall aus, der sich in Heil-Rufe auflöste. Dr. Goebbels fuhr dann fort: Ich weiß: Ihr seid Euch der Größe dieser Stunde bewußt. Ich weiß auch, daß Ihr mich versteht, wenn ich sage: Hitler wird unser Reichspräsident, und nicht nur aus Rücksicht, unter Kandidat, denn wenn ich sage, er wird unser Kandidat, dann weiß ich auch, daß er unser Reichspräsident wird.“

### Die Einbürgerung.

Im Gegensatz zu anderstehenden Nachrichten sollte in nationalsozialistischen Kreisen die Frage der Staatsangehörigkeit Adolf Hitlers in ein bis zwei Tagen endgültig geklärt zu haben. Der Weg über eine Professur dürfte nicht in Frage kommen. Dagegen ist eine Beamtenstelle in Aussicht genommen. Auf Grund dieser Beamtenstelle könnte Adolf Hitler gleichzeitig auch zum Bevollmächtigten Braunschweigs im Reichsrat ernannt werden.

### Die Landvolkpartei für Hindenburg.

Der Reichsausschuß der Landvolkpartei hat auf seiner Tagung im Reichstag einstimmig eine Entschließung angenommen, in der der Reichsausschuß die Initiative der Parteiführung und der Reichstagsfraktion für die Kandidatur von Hindenburg begrüßt. Das Landvolk lehnt die Vergewaltigung der Hindenburgwahl mit parteipolitischen Forderungen ab. Weiter richtet die Entschließung an alle verantwortlichen Stellen die dringende Mahnung, alsbald eine Verhängung über die Bildung einer nationalen Regierung auf breiterer Grundlage unter Einfluß aller Kräfte der Nation herbeizuführen.

### Aufruf des Grafen Westarp.

Ein Aufruf des Grafen Westarp für die Wiederwahl Hindenburgs, der von 480 Persönlichkeiten unterzeichnet worden ist, betont die Notwendigkeit der Wiederwahl Hindenburgs auch aus außenpolitischen Gründen. Unter den 480 Unterzeichnern befinden sich u. a. zwölf ehemalige Generäle, eine Reihe von Universitätsprofessoren sowie Vertreter der Wirtschaft wie Krupp und Wabragam Fromm. Außerdem stehen unter dem Aufruf die Namen einer Anzahl von Landwirten, christlichen Gemeindeführern und anderer Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens.

Graf Westarp hat die Unterchriften gesammelt, um einem vielfach empfundenen Wunsch entsprechend eine Liste von 480 Persönlichkeiten, die bereits im Jahre 1925 zu den Wählern des Reichspräsidenten von Hindenburg gehört haben, abets aller parteipolitischen Stimmgebungen die Gelegenheit zu dem öffentlichen Bekenntnis zu geben, daß sie dem Generalfeldmarschall von Hindenburg für seinen kühnen und pflichtbewussten Entschluß dankbar sind und seine Wiederwahl für eine unbedingte vaterländische Notwendigkeit halten.

### Volkmacht für den SPD-Parteivorstand.

Der Parteiausschuß der Sozialdemokratischen Partei nahm einen Vortrag des Parteivorstandes Wels über die politische Lage im Hinblick auf die Reichspräsidentenwahl entgegen. Nach eingehender Aussprache bevollmächtigte der Ausschuss den Parteivorstand einstimmig, über die Worte zur Reichspräsidentenwahl von sich aus die Entscheidung zu fällen.

### Mißtrauensantrag der Deutschen Volkspartei.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat den Beschluß gefaßt, ein Mißtrauensantrag gegen das Reichskabinett einzubringen und bei der Abstimmung Fraktionszwang auszuüben. Die Deutsche Volkspartei wird ihren Antrag mit einer besonderen Erklärung verbinden, in der die selbständige oppositionelle Stellung der Partei hervorgehoben wird.

„Still, sprich nichts davon — überlege und prüfe dich noch ein wenig ernstlich, und am Radmittage —“  
„Es bedarf keiner Überlegung mehr — Konrad — ich tue, was du verlangst.“

Horst war blaß geworden, aber er hielt Konrad die Rechte hin, die dieser ergriß und drückte. „Berufe über mich“, murmelte er halblaut.

Konrad unterdrückte gemächlich eine Regung von Mitleid für den Bruder, der sich jetzt mit mühen, matten Schritten zum Schreibtisch schlepte.

„Ich verlange zunächst eine schriftliche Bescheinigung deines Verprechens, das dein Oberst an dem Tage, wo du es brichst, lehen soll.“

„Konrad!“  
„Schreib!“

Und Horst schrieb mit zitternder Hand. Konrad las es und legte es in seine Brusttasche.

„Und nun die Genehmigung von Fräulein Baumanns Hand bei deren Vater, die ich noch heute nach Zworrau mitnehmen will. In den nächsten Tagen fährt du selbst nach Pawlowitz zu deiner Braut und suchst sie für alles Leid, das du ihr zugefügt hast, zu entschädigen.“

„Und diese Bedingung erfüllte Horst mit schwerem Herzen. Nachdem alles geordnet war, verließen die Brüder das Haus, um Horsts Gläubiger zu beschwichtigen.“

Am 24. April.  
Auf Zworrau lag es wie die Schwüle vor einem Gewittersturm.

Als die Gräfin die kurze Nachricht von ihres Sohnes Verlobung mit Elln Baumann erhielt, war sie vor Schreck in Ohnmacht gefallen. Wieder zur Bewußtsein gekommen, wurde es ihr sofort klar, wenn sie das zu verdanten hatte.

Sie ließ den „alten Gauner“, wie sie Baumann nannte, zu sich kommen und überhäufte ihn mit Kränkungen und Verwünschungen. Er blieb um seiner Tochter willen, die so seltsam und glückselig in dem Besitz des Geliebten war, ruhig und erwiderte nur, daß es Graf Horsts eigener Einsicht gewesen wäre, und er nichts dazu getan habe.

(Fortsetzung folgt.)

# JLSE RÖMER

Roman von Elsbeth Borchart

68. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)  
„Melitta Katuschka? Horst, du weißt nicht, was du sprichst. Ich heirate nicht, und wenn dann jedenfalls nicht Melitta Katuschka. Hastet du denn die Pflicht, um das Mädchen zu werden, nach dem, was mit — Cillo Baumann vorgefallen ist?“  
„Natürlich! — Und du bist jetzt gekommen, die gute Partie zu hinterziehen. Melitta Bruderliebe das!“ spötelte Horst.  
„Sollen wir die Erörterung über Bruderliebe, Horst, und zu unterhalten, da diese die Vereinnahmung erfüllen oder nicht?“  
Horsts Gesicht wurde dunkelrot.  
„Weißt du, daß das Erpressung ist? Wie kannst du mich zu einem solchen Schritte zwingen wollen?“  
„Ich zwinge dich nicht.“  
„Nicht? Und im andern Falle gibst du mich dem Untergang preis? Gehr gut, nachdem du der Mutter die Möglichkeit genommen, mit zu sein, und ihr einen Teil ihres Einkommens entzogen hast.“  
„Was soll ich getan haben, du vorwärtiger Knabe?“  
Um C. G. Konrads bisher bewachte Ruhe war es gekommen. Er sprang auf und in seinen Augen loderte ein heißer Zorn. Legte man das Verbinden weiterer Unte ich auszuholen, lo aus?“ „Dante Gott, daß ich dein Bruder bin, lohn — er hielt inne und beherrschte seine Aufregung. „Deine Mutter besteht nach wie vor dasselbe hohe Einkommen, das ihr von meinem Vater im Testament ausgesetzt wurde. Es ist bedeutend genug, um sie und die Schwägerin glänzend leben zu lassen, aber freilich zu gering, um damit deine Schulden zu bezahlen. — Hat sie bis er noch andere Gedanken gehabt, lo —“

# Neue Fusion der deutschen Banken.

Eine Kiefen-Überbant.

Berlin, 23. Februar.

Dem Wunsche höherer Stellen folgend, haben die leitenden Köpfe der deutschen Banken und ihre Helfer bis zum kleinsten Bankangestellten hinab in den letzten Wochen die Arbeit geleistet, die notwendig war, um ihre Bilanzen vorzulegen. Die deutsche Öffentlichkeit und die Welt wird erfahren, wie schwer die Banken unter der Krise, die den deutschen Wirtschaftskörper im Jahre 1931 getroffen hat, gelitten haben.

Umfangreiche Sanierungen und Zusammenstöße stehen bevor. Eine neue Mannabank, die unter harkem Regierungseinfluß stehen wird, ist gegründet worden. Es handelt sich um den Zusammenschluß der Dresdener und der Danabank. Die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft wird zwar kapitalmäßig nicht an dieses neue Unternehmen heranreichen, aber sie wird Deutschlands größtes rein privatwirtschaftlich geleitetes Bankunternehmen bleiben.

## Die neue Dresdner Bank.

Die amtliche Bekanntgabe der Verschmelzung der Darmstädter und Nationalbank mit der Dresdner Bank erfolgte durch folgende Mitteilung:

Der Aufsichtsrat der Dresdner hat im Einvernehmen mit der Darmstädter und Nationalbank Kommandit-Gesellschaft auf Aktien in letzter Session beschlossen, daß die Dresdner Bank die Darmstädter und Nationalbank auf dem Wege der Fusion unter Ausschluß der Liquidation mit Wirkung vom 1. Januar 1931 übernimmt. Die Verschmelzung soll in der Weise vor sich gehen, daß die nach Abziehung der bei beiden Banken befindlichen eigenen Aktien verbleibenden Stammaktien der Dresdner Bank im Verhältnis 10 : 3 zusammengelegt werden und daß für die zusammengelegten Aktien der Darmstädter und Nationalbank 10 : 3 gemäß werden.

Ferner werden bei der Dresdner Bank ebenfalls die Vorzugsaktien unter gleichzeitiger Umwandlung in Stammaktien im Verhältnis 3 : 2 zusammengelegt werden.

Die Dresdner Bank, die unverbändert firmieren wird, wird nach der Einmischung der Darmstädter und Nationalbank ein, größtenteils im Reichsbereich befindliches Aktienkapital von 220 Millionen Mark und Reserven in Höhe von 30 Millionen Mark aufweisen. Der Verwaltungsverstand des Instituts umfaßt etwa 15000 Beamten und Angestellte. Die Durchführung soll unter größter Schonung erfolgen. Ein Personalabbau sei auch hier deswegen notwendig, als die vereinigte Anstalt an 50 Filialen gleichzeitig Filialen unterhalten hätte, die nun natürlich zusammengelegt werden müßten.

## Reichsbürgerschaft fällt fort.

In der Ausschichtungsfrage der Darmstädter und Nationalbank wurde eine Mitteilung bekanntgegeben, in der es u. a. noch heißt:

„Angesichts der Vereinigung beider Banken zu einem Institut mit einem zum größten Teil in den Händen des Reichs befindlichen Aktienkapital wird die Reichsbürgerschaft gegenüber den Inlandsgläubigern der Danabank mit dem Tage der Eintragung der Fusion ins Handelsregister und der damit erfolgten Verschmelzung fortfallen.“

## Die Commerz- und Privatbank

wird nach einem Beschluß des Vorstandes und des Aufsichtsrates ihr Aktienkapital im Verhältnis von 10 : 3 zusammengelegt. Das damit auf 22,5 Millionen Mark verminderte Aktienkapital wird alsdann wieder auf 80 Millionen Mark erhöht. 45 Millionen übernimmt dabei eine noch zu gründende Treuhandgesellschaft zu 115 Prozent, während die restlichen 12,5 Millionen Mark für die Verschmelzung mit dem Barmer Bankverein verwendet werden.

Da bei der Aktienübergabe an die Treuhandgesellschaft durch das Aufgeld von 15 Prozent erzielte Mehrpreis von 6,75 Millionen Mark wird mit 23,25 Millionen Mark Schlußbilanzierung, die das Reichsfinanzministerium in der Regel überläßt dem Reichsbankpräsidenten überlassen, der damit 30 Millionen Mark ausmachen wird. Als Gegenleistung für die Überlassung der Schlußbilanzierung erhält das Reich bis zur völligen Tilgung von dem nach vorrichtiger Bilanzstellung sich ergebenden Reingewinn jeweils 15 Prozent. Außerdem hat die Commerzbank die Verpflichtung übernommen, für Leistungen des Reichs (z. B. Verlust aus der Übernahme der Aktien zu 100 Prozent usw.) von dem nach einer Dividende von 8 Prozent verbleibenden Reingewinn bis auf weiteres 60 Prozent an das Reich abzuführen.

Durch entsprechende Vereinbarungen mit den Uebernehmern der Aktien ist der Commerz-Bank auf ihren Wunsch der Rückwerb der Aktien gesichert. Durch diese Vereinbarung soll eine Wiedererlangung des privatwirtschaftlichen Charakters der Commerz-Bank ermöglicht werden.

Ueber die Vereinigung des Barmer Bankvereins mit der Commerz-Bank wird im übrigen noch mitgeteilt:

Von befreundeter Seite ist der Commerz-Bank eine Verschmelzung mit dem Barmer Bankverein Hinsberg, Fischer u. Comp. S. A., Düsseldorf nahegelegt worden. Die Commerz-Bank ist dieser Vorlegung gern nachgekommen, da der Barmer Bankverein seit Jahrzehnten im Rheinland und in Westfalen ein sehr gutes Geschäft unterhält und weil sie sich von der Verschmelzung eine wertvolle Erweiterung ihrer Beziehungen zur rheinisch-westfälischen Industrie verspricht. Für je 100 Mark Barmer Bankverein-Aktien werden je 100 Mark neue Aktien der Commerz-Bank mit Dividendenberechtigung ab 1. Januar 1932 gewährt. Die Fusion soll mit Wirkung vom 1. Januar 1931 ab durchgeführt werden.

## Die Banknotenordnung.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht die Notverordnung des Reichspräsidenten über die Sanierung von Bankunternehmen vom 20. Februar 1932:

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird erordnet:

§ 1.

Die Reichsregierung ist im Hinblick auf die Wirtschaftskrisis ermächtigt, zum Zweck der Sanierung von Bankunternehmen die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Sie kann für solche Zwecke insbesondere

- b) Abweichungen von den Vorschriften des Handelsgesetzes für einzelne Fälle über die Höhe der Einlagen zu bewilligen;
- c) Sicherheiten zu stellen oder zu übernehmen;
- d) zu Lasten des Reichs vor Inkrafttreten dieser Verordnung übernommene Sicherheiten abgeben oder Zuschußleistungen für das Erlöschen solcher Sicherheiten leisten;
- e) Beträge bis zu insgesamt 250 Millionen RM verausgaben;
- f) bis zu 400 Millionen RM im Wege des Kredits beschaffen.

§ 2.

Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft. Die Reichsregierung bestimmt den Zeitpunkt, in dem die Verordnung außer Kraft tritt.

## Die Reichsbank für die Großbanken.

200 Millionen Kapitalerhöhung bei der Golddisconto-Bank.

Die Mittel für die erforderlich werdenden Hilfestellungen des Reichs bei der Renonanzierung der Großbanken stellt die Golddisconto-Bank über eine geplante Erhöhung ihres Kapitals zur Verfügung. Die Golddisconto-Bank, deren Kapital von jetzt 200 Millionen RM im Besitz der Reichsbank ist, wird zu diesem Zwecke ihr bisheriges Kapital um 200 Millionen RM erhöhen, die sie wieder auf Grund der Notverordnung von der Reichsbank erhält.

## Der Kampf gegen die Not.

Gibt für die Winterhilfe, kauft deutsche Waren!

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald sprach im Rundfunk über die Aufgaben der Winterhilfe. Die Teilnahme an dem Streuzug der Liebe und Sympathie ist soziale Pflicht, welche die Volksgemeinschaft allein ausüben darf, die noch geben können. Vom Oktober bis Januar hat die Winterhilfe allein auf dem Eisenbahnwege 50 000 Tonnen Lebensmittel in die Notstandsgebiete geliefert. Dazu kommen die britischen Sammlungen für örtliche Zwecke. Die Reichsregierung dankt aufrichtig allen, die geholfen haben. An den nächsten Monaten wird die Not härteste Formen annehmen. Sie stellt an das Liebeswerk der Hände und Herzen die höchsten Anforderungen.

Im Vordergrund steht die gegenseitige Hilfe in der Familie, in der Nachbarschaft, in den Berufsvereinen, in der Religionsgemeinschaft, die Beteiligung an der organisierten, vertrauensvollen Sammlungsarbeit. Es ist sinnlos, das Kaufen zu unterlassen. Wer ausländische Waren kauft, entzieht dem deutschen Arbeiter das Brot.

Den einschneidenden Maßnahmen der Reichsregierung für den öffentlichen Haushalt und die Wirtschaft müssen Maßnahmen auf dem Gebiet der internationalen Wirtschaft und Politik folgen.

Der Minister schloß: „Ich rufe alle, die guten Willens sind, und jeden einzelnen auf, mitzuwirken an der Bildung eines Gesamtwillens zur Überwindung der deutschen und der Weltwirtschaftskrise. Aus der Not der Zeit durch gemeinsame Hilfe zu neuem Aufstieg!“

## Ein deutscher Schritt.

Zur Behandlung der Memelfrage im Haag.

Berlin, 23. Februar.

Zum Abschluß der Bölkerbundsratsung über die Memelfrage weist man in maßgebenden Kreisen in Berlin darauf hin, der Bericht habe fipp und klar festgestellt, daß die Seite im Memelgebiet von dem Reich zum Kauf angeboten werden müßten, damit die Zustände nicht noch schlimmer würden. Es sei nun zunächst abzuwarten, ob im Memelgebiet tatsächlich ein gleichmäßiges Direktorium eingesetzt würde, das das Vertrauen des Landtages besitze. Ferner müsse abgewartet werden, ob die Abweisung des Landespräsidenten Böttcher, wie vorgelassen, vor einem internationalen Forum verhandelt würde.

Nach deutscher Ansicht könne dazu nur der Haager Gerichtshof in Frage kommen. Die deutsche Regierung hat sich dem Vorschlag der Unterzeichnermächte des Memelabkommens bereits Schritte in dieser Hinsicht eingesetzt, um die Behandlung der Angelegenheit Böttcher vor dem Haager Gericht zu erreichen.

## Wahlvorschlag im Saargebiet.

Keine Einteilung der Separatisten.

Saarbrücken, 24. Februar.

Für die Landesratswahl am 13. März sind 12 Wahlvorschläge eingegangen. Außer den bisher im Landesrat vertretenen Parteien Zentrum, Sozialdemokratische, Deutsche Saarländische Volkspartei, Kommunisten, Deutschfranzösische und Wirtschaftspartei, haben zum ersten Male die Nationalsozialisten, die Deutsche Staatspartei, die Kommunistische Opposition und die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands Wahlvorschläge eingereicht.

Die Saar-Separatisten, die sich erst als eine große Volksbewegung ausgaben, haben es vorgezogen, bei den Landesratswahlen im Verborgenen zu bleiben.

Angenehm soll die Auffassung einer Einteilung der Separatisten daran gescheitert sein, daß außer naturalisierten Franzosen auch noch der jetzige Sprachgeber des Separatisten-Organ die Hilfe mit seinem Namen unternehmen wollte. Das ist aber, weil er Franzose und kein Saarländer ist, ungeschicklich gewesen, weshalb man von einer eigenen Einteilung überhaupt abgesehen habe.

## Der Kampf um die Rückgliederung.

Der Vorliegende der Deutsch-Saarländischen Volkspartei, Landtagsabgeordneter Schmeler, sprach in Saarbrücken über den Endkampf um die Rückgliederung des Saargebietes.

Es sei selbstverständlich, daß die Saarbevölkerung geschlossen sich die Rückkehr ins Reich erlärmen werde.

Zweifellos würden die nächsten Jahre dem Saargebiet noch erhebliche Schwierigkeiten bringen. Nach dem Friedensvertrag habe Frankreich „das Recht“, die Saargebiete ganz oder teilweise in eigener Regie zu verwalten, bis vorzupacken aber stillzulegen. Um die Saarbevölkerung nicht zu machen, sollte man jetzt mit Stilllegungen in größerem Umfang die sich gewiß vermeiden ließen, wenn Frankreich seinen Verpflichtungen gemäß in größerem Umfang Saarfohle abnehme. Von dem laarländischen Mitglied der Regierungskommission Rohmann, müsse verlangt werden, daß er mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln diese Stilllegungen vermindere. Wollte man diese Stilllegungen mit dem Vertreter der Saarbevölkerung in Genf Schritte unternehmen, auf die gleichen Schritte, wie die Stilllegungen liegen die Druckmaßnahmen gegen die Bergleute. Für den Schlichter treffe gleich die Verantwortung das jetzt ausscheidende sächsische Regierungsmittglied.

## Aus der Heimat und dem Reich.

Reimberg, den 24. Februar 1932

Einlösung der Abzinsung der Fleischbezugscheine für verbilligtes Fleisch. Zur Vermeidung von Irrtümern hat sich der Reichsarbeitsminister damit einverstanden erklärt, daß nicht rechtzeitig eingelöste Abzinsung des ersten und zweiten Bezugscheins auf Antrag nachträglich eingelöst werden, sofern der Antrag bis Ende Februar gestellt ist. Der Antrag ist bei dem Herrn Vorsitzenden des Kreisauswahlausschusses in Wittenberg einzureichen.

Esp. Vorbereitung der Konfirmation. Es sind nur noch wenige Wochen bis zum Palmsonntag, dem überlieferten Einsegnungstermin, und es dauert nicht mehr lange, bis der Altar treten werden, um sich konfirmieren zu lassen. Die meisten von ihnen — vielleicht noch mehr die Eltern — denken in diesem Jahre nur mit Sorgen daran. Was soll denn aus ihnen werden, wenn sie erst eingetaucht sind und die Schule verlassen? Die alternierende Zukunft ist in Zweifel gestellt, niemand magt es, Pläne zu machen oder an die Frage der bevorstehenden Berufsausbildung zu denken. Und wo man sich äußerlich seine Sorge nicht anmerken läßt, da arbeitet und boht es doch vielfach in der Stille. Zum übermäßigen Triumphieren, wie es sonst Sache der Jugend zu sein pflegt, hat jedenfalls in diesem Jahre niemand Anlaß. Die letzten Wochen vor der Einsegnung und eine errie Zeit. Es versteht sich von selbst, daß man davon etwas in den Häusern der Konfirmanden merkt. Trost allein, was gegen den Inhalt und die Form der Konfirmation in den letzten Jahren gelegt worden ist, soviel steht auch heute noch fest, daß die Einsegnung Entscheidung innerer Art und vor allem die Bereitschaft, solche Entscheidung zu treffen, verlangt.

Notiz, 22. Febr. Es fanden hier die ersten Vorbereitungen des von Notker Spiegelgruppe gebauten Seglers statt, durch die das Vorhandensein theoretisch schon berechneter günstiger Windwinde bestätigt wurde. So wurde schon bei den ersten Flügen eine Höhe von über 5 Meter und eine Fluglänge von etwa 60 Meter erzielt. Es bleibt noch zu bemerken, daß jetzt noch unausgebildete Kräfte fliegen. Erst am Sonntag, den 28. Februar, dem Tag des Fliegens, wird ein tüchtiger Ingenieur Segelflüge durchführen. Die Landezeit hält Warrer Lauff. Außerdem werden noch Vertreter des Kreises sprechen. Kameraden der Köhner Segelflieger-Vereinigung werden schon am Sonntagvormittag Modellflüge ausführen.

Gräfenhainichen. (Tragödie auf dem Hausboden.) Der etwa 60 Jahre alte Bäckermeister L. brachte sich auf dem Hausboden seines Grundstücks mit einem Leinwand mehrere Schußverletzungen zu. In beunruhigendem Zustande wurde er in das Witterfelder Kreiskrankenhaus gebracht. Sein Zustand ist ernst. Wie es heißt, soll L. die Tat in einem Unfall geistiger Ummachtung begangen haben.

Salzwedel. (Explosionskatastrophe verurteilt Zimmerbrand.) In einem Hause in der Ragenbergstraße erfolgte durch eine Warmelampe die zugleich auch im Ofen lag, eine harte Explosion. Ofen und Fensterleibung wurden auseinandergerissen. Es entstand ein Zimmerbrand, bei dem die Betten in Flammen aufgingen. Der Brand konnte durch Nachbarn gelöscht werden.

## Munitionsfund an der Hafenbahn.

Halle. Im rechten Saaleufer oberhalb der Hafenbahnbrücke (Lageangabe die Polizei einen größeren Munitionsfund. Es handelt sich um 120 Schuß Pistolenmunition, 261 Gewehrpatronen der Modelle 98, 88 und 71 sowie eine ganze Anzahl Leuchtflüge. Die Munition dürfte erst vor kurzer Zeit an die Jundstelle gebracht worden sein. Die Polizei hat sofort eine Untersuchung eingeleitet.

## Lohngeleude auf dem Rittergut.

Mücheln (Gefellau). Auf dem Rittergut Eplingen wurde, während die Inspektoren zum Umhensien gegangen waren, die am nächsten Tage auszuabenden Lohngeber im Betrage von etwa 1000 Mark gestohlen.

## Auslandsaufträge?

Sangerhausen. Wie der „L. S.“ von beteiligter Seite mitgeteilt wurde, führt die Maschinenfabrik Sangerhausen u. G. seit Verhandlungen über verschiedene größere Auslandsaufträge, und es besteht begründete Aussicht, daß diese zum Abschluß führen werden.

## Vor einem Bierstreit?

Oberdora (Landtr. Mühlhausen). Die Gemeindeverwaltung hatte sich mit einem Antrag der Gastwirte zu befassen, der die Befreiung der Biersteuer fordert. Der Antrag wurde trotz Androhung des Bierstreits abgelehnt. Ob die Gastwirte ihre Drohung wahr machen, bleibt abzuwarten.

## Nächste Bluttat.

Halle. Der 19jährige Handlungsgehilfe Hans Theil wurde in der Sonntagnacht in der Kleinen Klausstraße mit einem Lungenstich schwer verletzt aufgefunden und dem Elisabethkrankenhaus zugeführt, wo er zur Zeit noch nicht vernehmungsfähig darnebeliegt. Theil ist Stahlhelmmitglied.

## Frauenmord.

Eilenburg. Auf der Landstraße zwischen Hohen-Altsdorf und Weiskendorf bei Jüterbog wurde gestern morgen die 37jährige Frau von Jüterbog bedäufelt. Die bedäufelte Frau hatte einen Hausgehilfe Erna M a l a n d, völlig unbekannt, tot aufgefunden. In der Nähe der Leiche fand man die Kleider und etwas weiter entfernt ein Damenjackett, das anscheinend der Toled gehörte. Die Mörderin ist der 27jährige Meister J a h r i g ermittelt und verhaftet worden.

## Deutsche Volkspartei für Hüniburg.

Nordhausen. Auf einer volksparteilichen Tagung in Nordhausen wurde nach einem Referat des Landesverbandsvorsitzenden K a m e r z e l l, Erfurt, und im Anschluß an eine rege Aussprache nachstehende Entschließung angenommen:

Die Vertretertagung des Kreisvereins Graßhof H o e n e i n der Deutschen Volkspartei dankt dem Parteivorstand für seine Zielvorgabe zur Reichspräsidentenwahl und vertritt den Vorstand unter Unterstützung aller Bestrebungen, die eine möglichst einseitige Wiederwahl des verdienten Reichspräsidenten von Hindenburg zum Ziele haben. Sie beauftragt, daß die Angehörigen der Doananten

Harzburger Front nach dem Scheitern des Planes einer parlamentarischen Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten nicht von sich aus die Volkswahl des Generalfeldmarschalls von Hindenburg vorgeschlagen haben. Ein solcher Schritt würde dem von jenen Kreisen sonst so stark betonten „Führergedanken“ und dem gelegentlich der Reichspräsidentenwahl 1925 abgelegten Treuebekenntnissen entgegenstehen haben.“

**Achtung, falsche Jehomarscheine!**  
Falschmünzerverwekft ausgehoben.

**Naumburg.** Die hiesige Kriminalpolizei verhaftete in Zusammenarbeit mit der Landes kriminalpolizei in Weimar einen 29 Jahre alten Kaufmann, der gerade in Begriff war, den Hauptbahnhof in Weimar zu verlassen. Bei dem Verhafteten wurden 140 falsche Jehomarscheine gefunden. Die Radspuren nach dem Ursprungsort der falschen Scheine führten nach Naumburg. Hier wurde ein modern eingerichtete Fälscherwerkstatt ausgehoben. Der Besitzer der Werkstatt, ein 29jähriger Buchdrucker, wurde festgenommen und dem Gericht zugeführt. Nach seinem Geständnis sind bereits eine ganze Reihe dieser falschen Scheine in verschiedenen Städten Mitteldeutschlands abgebeht worden. Die Fälscherscheine, deren Rückseite nicht besonders gut gelungen ist, tragen auf der Vorderseite mit roter Farbe die Nummer 5 15 051 840 und auf der Rückseite in brauner Farbe die Nummer 5 11 890 451.

**Rückfahrscheine zumofcher.**

**Bauen.** Das Bauenger Schöffengericht verurteilte den Fabrikbesitzer Carl Otto Engert aus Rirschau wegen fahrlässiger Tötung zu 2 Monaten Gefängnis. Engert hatte am 8. September bei Splitwitz mit seinem Kraftwagen ein mit zwei Personen besetztes Kraftrad umgefahren und die Besatzerin des Motorrades so schwer verletzt, daß sie bald darauf starb. Engert war nicht auf der rechten Straßenseite gefahren (1) und hatte außerdem seinen Wagen nicht rechtzeitig gebremst.

**Brandstiftung auf Rittergut.**

**Bauen.** Nadis brach auf der Besichtigung des Grafen von Soltikow in Wittenberg in der etwa 100 Meter langen vierten Stockwerke des Rittergutes Feuer aus, dem die Scheune mit sämtlichen Vorräten an Stroh sowie landwirtschaftlichen Maschinen und Erntegeräten zum Opfer fiel. Der Schaden ist bedeutend. Nach den bisherigen Feststellungen liegt böswillige Brandstiftung vor.

**Planen.** Der Fallmännchen. — Die Arbeitermitte Marie Gruber kam in ihrer Wohnung in der Langelstraße der Feuerung eines kleinen Ofens zu nahe, wobei die Kleider in Brand gerieten. Mit lebensgefährlichen Brandwunden fand die Frau im Krankenhaus Aufnahme, wo sie starb.

**Das Spiel mit Streichhölzern.**

**Melch (Randf. Altenburg).** Auf dem Gute von Walter Parzig in Melch bei Böhmig war ein Brand ausgebrochen. Wie wir hören, soll das Feuer auf die Unvorsichtigkeit des fünfjährigen Sohndens des Gutsbesizers zurückzuführen sein, das im Stallgebäude mit Streichhölzern spielte. Der große massive Stall fiel dem Brand zum Opfer.

**Der Trübsinn als Mörder.**

**Das Landes kriminalamt zur Erbenhäufer Bluff.**  
Weimar. Zu der Bluffat im Walde bei Erbenhäuser veröffentlicht jetzt die Landes kriminalpolizei in Weimar eine längere Darstellung.

Der Täter, der 45 Jahre alte Landwirt und Forstarbeiter Richard Schleicher, war bekanntlich mit seiner Frau in den Wald zum Holz sammeln gegangen. Man fand ein blutiges Tatzenmesser in seiner Hosentasche. Schleicher hatte erklärt, seine Frau liege oben im Walde und habe einen Stich. Nach Befreiung des Mordes wurde Schleicher verhaftet. Nun gab er an, seine Frau habe zum Abschneiden von Nuten ein Messer von ihm verlangt. Das habe er ihr auch in gebührender Weise gegeben. Kurz darauf sei seine Ehefrau mit dem offenliegenden Tatzenmesser zurückgekommen und habe es ihm wieder zurückgegeben. Bei der Übergabe des Messers will er an einer abfälligen Stelle ausgerufen und dabei seinen Namen und die Adresse angegeben haben. Kurz darauf habe diese laut geschrien und sei getrennt. Als er hingefallen, um sie zu halten, habe er gesehen, daß seine Ehefrau am Halse stark blutete. Schleicher will zunächst angenommen haben, daß seine Frau noch nicht tot sei und habe sie mit dem Wagen eines Nachbarn nach Hause holen wollen.

Diese Angaben entsprechen nicht den Tatsachen. Schleicher, der bereits zweimal in einer Newsgeschichte war und beim zweiten Male dort einmischen hat die Tat offenbar in geistiger Umnachtung vollbracht. Unglücklicherweise hat sich seine Ehefrau noch seinem Entweichen aus der Anstalt selbst zurück begeben. Später zeigte sich zwar zeitweise gefällige Störungen bei Schleicher, doch nahmen sie einen ersten Charakter nicht an. Nur in den letzten Tagen vor der Tat zeigte er wieder ein merkwürdiges Verhalten.

**In Sachsen droht Biersteif.**

**Leipzig.** Wie der Sächsische Gastwirterverband mittelt, erhebt der Verband, dem über 8000 Mitglieder in Sachsen mit 150 Vereinen angeschlossen sind, scharfen Protest gegen das Preisentzugsgesetz des Reichskommissars für Preisüberwachung.

Wetter heißt es in der Mitteilung, daß bis zum 1. April 1932 eine Senkung der Reichsbiersteuer und der Gemeindefeuer in Aussicht genommen sei, besiedigte das sächsische Gastwirtergewerbe in seiner Weise, weil es der Abzersetzung sei, daß bis zu dem genannten Zeitpunkt alle Betriebe ihre

Erzinsen verloten haben werden. Das Gewerbe fordert eine sofortige Senkung der Reichsbier- und Gemeindefeuer sowie Abbau der Verbrauchssteuer. Werde die Forderung nicht sofort erfüllt, so werde der Ausfluß von Bier im ganzen Freistaat Sächsen eingestellt.

**Leipzig.** Die Leipziger Mietshausvermieter haben sich entschlossen, die Mietmieten aus Mieträumen die vor dem 15. Juli 1931 abgeschlossen worden sind, um mindestens 20 Prozent der Kammieten und zehn Prozent der Vergütung für die Wertleistungen herabzusetzen, und zwar zugunsten aller Aussteller, die mit der Fortdauer ihrer laufenden Mietverträge über die grundsätzlich vereinbarte Zeit einverstanden sind.

Die Mietschöhe ist nunmehr den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt und der Fortbestand der Leipziger Messe gesichert.

**Bierpreisentzug in Berlin rückgängig gemacht.**

Auf Grund der den Regierungspräsidenten und dem Polizeipräsidenten in Berlin erteilten Ermächtigungen wird im Hinblick auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Härten und im Hinblick auf die schwebenden Erörterungen wegen Senkung der Biersteuer für den Bezirk der Polizeiverwaltung Berlin von der Durchführung der bisher festgelegten Bierpreisentzug vorläufig Abstand genommen.

**Erneute Zunahme der Wohlfahrtsvermerkslosen.**

Die Zahl der Wohlfahrtsvermerkslosen ist im Januar 1932 erneut erheblich gestiegen, und zwar sind wiederum besonders betroffen die westlichen Landgemeinden. Bei einer Erhöhung der Zahl der Wohlfahrtsvermerkslosen in ganz Preußen von 1 112 844 Ende Dezember 1931 auf 1 216 328 Ende Januar 1932, also um 9,3 Prozent, haben die westlichen Städte eine Erhöhung um nur 7,9 Prozent, die Landgemeinden insgesamt dagegen eine Erhöhung um 18,7 Prozent, davon die in der Rheinprovinz um 11,0 Prozent (gegen eine Erhöhung um 8,2 Prozent in den freisreisfreien Städten) und die in Westfalen sogar eine Erhöhung um 58,6 Prozent (gegen eine Abnahme von 6,0 Prozent in den freisreisfreien Städten) aufgemeien.

**Schwere Zuchthausstrafen für Wilderer.** Wegen verübten Tatfehles und verchiedener anderer Vergehen verurteilte das Magdeburger Schwurgericht die Arbeiter Zimmermann und Blüthgen zu einer Strafe von zehn Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Der Arbeiter Braumann wird zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. — Die Angeklagten hatten beim Wildern in der Osterlebener Jagdflur den Jagdaufseher Schade und den Arbeiter Treidant durch Schüsse schwer verletzt.

**Kirchliche Nachrichten.**

Rotta.  
Donnerstag abend 7 1/2 Uhr Passionsnacht im Pfarrhaus.

**Rübensamen**

Gesendorfer rot und gelb

**Möhrensamen**

gelb. Lobbericher

verkauft **Rödel, Dgeln**

**Kiefern-Nutzholz-Auktion in Köplich**

Dienstag, den 8. März, kommen von 10 Uhr an im Forsthaus Köplich wie üblich zum Angebot aus Durchforstung und Trockenbieb Nr. 1210 - 2672

1016 Kiefern	I. Klasse	252 fm
428 "	II. "	146 "
18 "	III. "	25 "

Stößen und Näheres im Forsthaus Köplich und beim Rentamt Burgfemisch

**Schultornister  
Aktenmappen  
Frühstückstaschen**

sowie  
sämtl. Schulbedarfs-  
und Zeichenartikel  
erhältlich bei

**Richard Arnold  
Kemberg**  
Leipziger Straße und Markt

**Kaffee's**

1/2 Pfd. 50, 60, 70, 80, 90 u. 100 Pfg.  
empfehlen **J. G. Glaubig**

**Das neue Provinzial-**

**Gesangbuch**

ist in allen Einbandarten wieder vorrätig  
und empfiehlt zu Konfirmationsgeschenken

**Richard Arnold - Kemberg**  
Leipziger Straße und Markt

**Beima frisches  
Rindfleisch und  
Flecke**

empfehlen **Heinrich Schneider.**

**Verkaufe ab Freitag früh  
frische Wurst**

1 Pfund 70 Pfg.  
**Alfred Ballmann,**  
Wittenberger Straße 46

**Morgen Donnerstag von 1/2 2 Uhr  
ab frische  
Schaum-, Fasten-,  
Mohn- und  
Rümmel-Brezeln**

**D. Herrmann, Bäckerei**

Beim Nachfüllen von **MAGGI** Würze  
verlangen Sie von Ihrem Händler auch



Auch auf andere MAGGI-Erzeugnisse, wie MAGGI-Suppen und MAGGI-Reisbrühwürfel, gibt es Gutscheine



**TORPEDO  
Herren- und Damen-  
Motor-Fahrräder**

mit Zweitakt-Sachs-Motor  
— Steuer- und Führerhebel frei —  
Gewicht ca. 33 kg  
**Torpedo-Fahrräder und  
-Schreibmaschinen**  
**Weilwerke A.-G.**  
Frankfurt a. M.  
Rödelheim

**Butterbrotpapier**

erhältlich bei **R. Arnold, Markt**  
**Waldbaus Niemiß'**  
Heute abend, ab 7 Uhr

**Schrammelmusik**

Empfehle hier, zu  
div. Speisen u. Getränke  
**W. Gehner**

**M.-T.-V.**

Donnerstag, den 25. Februar, abends, 1/2 9 Uhr in der  
Kopfenblüte  
**Versammlung**  
Ergehen der Lungenschwindsucht  
Der Vorstand.

**Schützenhaus**

Sonntag, den 28. Februar

**Fastnachten**

ab 4 Uhr

**Kaffee-Konzert**

ab 7 Uhr

**BALL**

Küche und Keller bieten Spezialitäten  
in bekannter Güte  
Um gütigen Besuch bittet **C. Fröhnel.**

**Reise-Koffer**

in verschiedenen Größen und Ausführungen  
**Richard Arnold, Leipziger Str. und Markt**

Am Dienstag mittag entschlief nach kurzem schweren  
Leiden unsere innigstgeliebte Mutter, Schwieger- und  
Großmutter

**Ww. Minna Rommel**  
geb. Sitte

im Alter von 50 Jahren.  
Dies zeigt tiefbetäubt an im Namen aller Hinterbliebenen  
**Familie Willy Rommel**  
Reuden, den 23. Februar 1932  
Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 2 Uhr vom  
Trauerhause aus statt

# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Militärisches Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,15 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. — Am Falle höherer Gewalt: Betriebsstörung Streik usw. ersichtlich Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5spaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3spaltige Kleinzeile 40 Pfg., Ausnahmefälle 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederbezahlung unbedingt gesondener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühren: 1 M. das Zahlen, ausgiebig Postgebühren. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen fast zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 24

Donnerstag, den 25. Februar 1932

34. Jahrg.

## Verordnung

über die Preisbildung für den Mineralwasser-Verkauf im Kleinhandel vom 9. Februar 1932.

Auf Grund der §§ 1, 3, 4 und 7 der Verordnung über die Befugnisse des Reichsfinanzministers für Preisüberwachung vom 8. Dezember 1931 (Reichsgesetzblatt I S. 747) wird hiermit folgendes verordnet:

§ 1.  
Für den Kleinverkauf von Heilmäulern, Tafelwasser, künstlichem Mineralwasser (Selter und Simitandemäulern) und Selenwasser in Ladengeschäften, Apotheken, Gaststätten und ähnlichen Gewerbebetrieben werden hinsichtlich der Bruttoverkaufspreise die nachstehenden Höchstpreise festgelegt:

1. In Apotheken und Ladengeschäften darf die Bruttoverkaufspreise 4%, Abf. je Flasche nur dann übersteigen, wenn ein 40prozentiger Zuschlag zum Einstandspreis eine höhere Summe ergibt; bei Heilmäulern ist ein Höchstzuschlag von 36 v. H. statthaft. Diese Festsetzungen beziehen sich auf die Abgabe von einzelnen Flaschen. Bei größerer Abnahme sind die bisher üblichen Mengenrabatte weiterzugewähren;
2. In Gaststätten und ähnlichen Gewerbebetrieben (Zinshallen) darf die Bruttoverkaufspreise sowohl bei der Abgabe in der Gaststätte wie bei dem Verkauf über die Straße 12 Abf. je Flasche nur dann übersteigen, wenn ein 30prozentiger Zuschlag zum Einstandspreis eine höhere Summe ergibt;
3. In Gaststätten mit höherem Aufwand und in solchen, in denen Vorführungen oder musikalische oder ähnliche unterhaltende Darstellungen nicht wesentlicher Art gegeben werden, ferner in Saalgeschäften und in nicht handigen Wirtschaftsbetrieben (Ausflugstafeln) beträgt die höchstzulässige Bruttoverkaufspreise:

bei einem Einstandspreis bis zu 13 Abf. je Flasche 20 Abf. bei einem Einstandspreis über 13 Abf. bis 16 Abf. 22 Abf. über 16 Abf. bis 19 Abf. 24 Abf. über 19 Abf. bis 21 Abf. 26 Abf. über 21 Abf. 28 Abf. über 28 Abf. 30 Abf. über 30 Abf. 32 Abf.

Bei einem Einstandspreis über 21 Abf. ist ein Höchstzuschlag von 120 v. H. statthaft.

Bruttoverkaufspreise sind die Unterschiede zwischen Einstandspreis und Verkaufspreis und dem Abgabepreis an den Käufer.

§ 2.  
Es gilt die Errechnung der Zuschläge zum Einstandspreis Bruchteile von Pfennigen, so ist der Abgabepreis an den Käufer auf Pfennigbrüche nach oben abzurunden.

§ 3.  
In Ladengeschäften und Apotheken sind Preisverzeichnisse mit den auf Grund dieser Verordnung festzusetzenden Kleinverkaufspreisen gut sichtbar auszubringen.

§ 4.  
Diese Verordnung tritt am 20. Februar in Kraft.

Berlin, den 9. Februar 1932.

Der Reichsfinanzminister für Preisüberwachung.

gez. Dr. Goerdeler.

## Veröffentlichung

Kemberg, den 24. Februar 1932.

Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.

Wen dem Unternehmer Oswald Anders in Leipzig ist zur Verbindung der bereits bestehenden Kraftfahrlinie Priesitz—Bad Schmiedeberg—Kemberg und der Anhaltischen Landeseseisenbahngemeinschaft bereits genehmigten Kraftfahrlinie Bahnhof Priesitz—Riesitz—Gohrau—Möhlen bis zur Landesgrenze die Einrichtung einer

## Kraftfahrlinie

von Kemberg über Bergwitz—Selbzig bis zur Landesgrenze

beantragt worden. Um der Kleinbahn zwischen Kemberg und Bergwitz keinen Wettbewerb zu bereiten, soll zwischen Bergwitz und Kemberg kein Zwischenortverkehr stattfinden.

Einsprüche gegen dieses Unternehmen sind binnen drei Wochen an den Herrn Landrat in Wittenberg zu richten.

Kemberg, den 24. Februar 1932.

§ 3. Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.

Am 1. März findet eine

## Schweinezählung

statt. Die Zählungsergebnisse dienen volkswirtschaftlichen und statistischen Zwecken. Wir bitten die Viehhalter, den mit der Zählung Verträgen genehmigte Auskunft zu geben. Viehverheimlichungen sind strafbar.

Kemberg, den 23. Februar 1932

§ 4. Der Magistrat.

Unterstützungsempfänger, denen die Unterstützung durch die hiesige Kammerei gezahlt wird, können, soweit sie

## Reichsfleischbezugscheine

hatten, am Donnerstag, den 25. ds. Mts., vorm 8—12 Uhr in der Kammereitafel die für die Zeit vom 15. 2. bis 19. 3. er. gültigen Bezugscheine abholen.

Kemberg, den 22. Februar 1932.

§ 5. Der Magistrat.

## Der erste Tag.

Wieder Reichstag — Erregte Verhandlungen

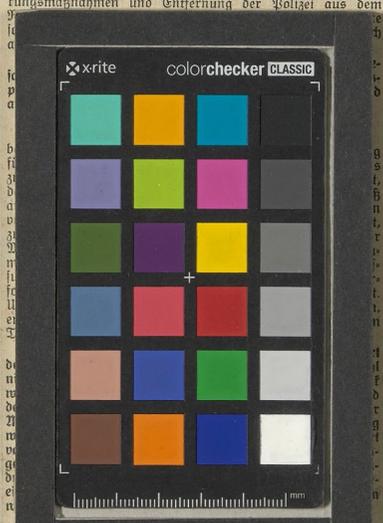
Reichstagsbeginn und politische Zusperrung — das sind notgedrungen zwei zusammengehörige Begriffe geworden, seit Ausschreitungen, seit planmäßige Demonstrationen und Störungsvorläufe gezeigt haben, daß man nur mit politischem Schrug aufgewiegte Elemente in Ruhe halten kann. So war es schon ein gemaltes Bild, wenn am frühen Vormittag Polizei, rings um das Reichstagsgebäude aufmarschierte, wenn die seit den Morgenstunden wartenden Massen zurückgedrängt werden mußten, wenn man die ganze Umgebung des Reichstagsgebäudes bis zum Brandenburger Tor und bis an das Spreerfer absperrte, wenn die Säulen des Brandenburger Tores mit Gellen umhunden wurden, um den Aufmarsch der Demonstranten von vornherein unmöglich zu machen. Welche eigenartige Ansehungsfeier! Parlamentstagenungen auf manchen Schritten der Beschäftigung haben, zeigte sich irrtümlich in den von der Zusperrung unberührten Straßen. Weit hinter dem Brandenburger Tor, hinter den Linden und auf der Wilhelmstraße fanden Menschenmassen Spalier, ohne daß sie wohl selbst wußten, was sie nun eigentlich hier sehen wollten.

Zu sehen gab es eigentlich erst etwas im Reichstagsgebäude selbst und da vor allem im Sitzungssaal. Es war zunächst ein nicht unerfreuliches Bild. Dieser überfüllte Parlamentsaal, die überfüllten Tribünen, die Regierungsbänke auf der sämtlichen Minister Platz genommen hatten, die Bank des Reichspräsidenten mit den Vizepräsidenten — das alles konnte in dem ruhigen einen Augenblick lang das Gefühl hervorrufen, als ob das deutsche Parlament wirklich mit dem Ernst und mit der Anteilnahme an einen der wichtigsten Staatsakte an die Wahl des deutschen Staatsoberhauptes für diesen Jahre, heranzöge. Man bemerkte freilich sehr schnell Anruhe und lebhaftes Hin und Her auf den Bänken, nachdem unter verhältnismäßiger Ruhe Reichsminister Groener gesprochen hatte, als der Redner der MSPD, der Abgeordnete Goebels, das Wort ergriff. Im Verlaufe seiner Rede kam es aber zu derartigen Äußerungen, daß die Sitzung unterbrochen werden mußte.

## Sitzungsbericht.

Haus und Tribünen sind überfüllt. Am Regierungstisch haben Reichsfinanzler Dr. Brüning, Finanzminister Dietrich und die Reichsminister Siegelward, Groener und Joel Platz genommen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stimmt das Haus einem kommunizierten Antrag auf Haftentlassung des Abg. Rohlfmann (Komm.) zu. Abg. Torgler (Komm.) beschwert sich darüber, daß Abgeordnete durch die polizeilichen Zusperrungsmaßnahmen Schwierigkeiten gemacht worden seien, in das Reichstagsgebäude zu gelangen. Er beantragt sofortige Aufhebung der polizeilichen Zusperrungsmaßnahmen und Entfernung der Polizei aus dem Reichstagsgebäude.



Die Zählung der letzten zwei Jahre in Deutschland ist der 14. September 1930. Aus dem Verfall der bürgerlichen Parteien kritisierte sich eine 6 1/2 Millionen-Armee der Nationalsozialisten. Anstatt daß die Nationalsozialisten nun an der Macht beteiligt würden, erklärte Reichsfinanzminister

Brüning am dem Tage nach der Wahl, es habe sich nichts geändert, es bleibe beim alten Kurs. Diese Erklärung stellte eine Verhöhnung des Wahlergebnisses dar. Nicht die Schuld der Nationalsozialisten ist es, daß der deutsche Kredit im Ausland ins Wasser gefallen ist (sch. Widerspruch links und im Ztr.), sondern es ist die Schuld der Regierung, die verhindert hat, daß die Nationalsozialisten den Anteil an der Macht erhielten, den ihnen das Volk durch die Wahlen zugesprochen hat. (Zeh. Beifall bei den Nat.-Soz.)

Das Jahr 1932 wird für Deutschland die entscheidendsten politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen bringen.

Der Redner umreißt die augenblickliche wirtschaftliche und politische Lage, die ein Bild grauenhafter Verwüstung bietet. Die Notverordnungspraxis hat die Gesundheit des deutschen Volkes zerrüttet. Am Innern verzweifeln sich die Gegenseite mehr und mehr. Der Reichsfinanzler hat bei seinem Amtsantritt erklärt, er will die Finanzen sanieren und dann die großen außerpolitischen Fragen in Angriff nehmen zu wollen. Diese These war von vornherein ein Fehlschuß, sie verwechselte Ursache und Wirkung. Die Finanzen sind in Unordnung, weil sie ewig durch einen Tributpolitik bedroht wurden, die sich vor der ganzen Welt als undurchführbar erwiesen hat.

In der Außenpolitik hat die Reichsregierung eine katastrophale Niederlage nach der anderen in niegeessenem Ausmaß erlitten. Ihr feßt auf die Verbindung mit den breiten Massen des Volkes. Sie steht auf einer wackelnden und in sich zerbrochenen Parlamentarismehrfheit, die sich nicht mehr der Mehrheit des Volkes selbst erfreut.

Wir haben uns leidenschaftlich gegen die Annahme des Young-Planes zur Wehr gesetzt. Das amtliche Deutschland trat uns entgegen, die Minister prangerten am Radio die Führer der nationalen Oppositionsbewegung als wirtschaftliche und politische Landesverräter an. (Unruhe links. — Präsident Ede erwidert mehrfach am Ruhe.)

Die Nationalsozialisten haben das Recht, von der Regierung Rechenschaft zu verlangen über das, was sie versprochen und was sie geleistet hat.

Der Redner geht ein in die Einzelheiten der Notverordnungsmaßnahmen ein und erwähnt dabei u. a., daß im Verlaufe des letzten halben Jahres gegen 28 nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Redeverbote verhängt worden seien. Am Laufe von drei Monaten habe die nationalsozialistische Bewegung 24 Tote zu verzeichnen. (Zurufe: „Hin- und her!“) Der Redner kritisiert weiter die Bestrafung des Reichspräsidenten in einer Verfassung, wonach die Nachtergreifung durch die Nationalsozialisten den Bürgerkrieg bedeuten würde. Nach Erlaß der letzten Notverordnung hat der Reichsfinanzler am Rundfunk die nationalsozialistische Bewegung mit einem Alibi bedacht, der bis dahin in der deutschen Innenpolitik noch nicht dagewesen ist. Man hat uns in Deutschland als Staatsbürger 2. Klasse behandelt.

Der Saal-Ausdruck stellt in der Tat einen Ausdruck dar. (Beifall bei den Nat.-Soz.) Es ist ein Irrtum des Reichspräsidenten, wenn er erklärt, daß er seinen Platz nicht eigenmächtig verlassen wolle. Er ist auf seinen Platz gewählt, und handelt nur pflichtgemäß, wenn er seinen Platz nach Ablauf dieser Zeit verläßt. Erheblich er wiederhin Anspruch auf andere Stimmen, so muß er sich gefallen lassen, daß die von ihm verantwortete Politik kritisch überprüft wird. Nicht die nationalsozialistische Bewegung hat Hindenburg im Stich gelassen, nein, Hindenburg hat die Sache seiner Wähler im Stich gelassen. (Zeh. Beifall rechts.) Er hat sich einseitig auf die Seite der Mücke und der Sozialdemokratie gestellt.

Als der Redner in diesem Zusammenhang die Sozialdemokraten Defektoren nennt, erhebt sich bei der angegriffenen Partei ungeheurer Lärm. Die sozialdemokratischen Abgeordneten drängen auf die Rednertribüne zu, ebenso die Nationalsozialisten. Durch andauernde Zwischenrufe wird Abg. Goebels am Weiterreden verhindert. Als auf die Vorstellungen des Präsidenten einen Augenblick Ruhe eintritt, erklärt der Redner, es ist mir bekannt, daß aus dem Reichstagsbüro der Sozialdemokraten eine Denkschrift herausgegeben ist, in der gesagt wird, daß der Landeserrat kein Verbrechen sei. (Erneuter großer Lärm bei den Soz.)

Präsident Ede versucht vergeblich, Ruhe zu schaffen und ruft den Abg. Goebels für den Ausdruck „Defektoren“ zur Ordnung, nachdem er ihn gefragt hat, ob ihm bekannt sei, daß in der sozialdemokratischen Fraktion sich Kriegsteilnehmer und Kriegsbeteiligte befinden. Die Sozialdemokraten verlangen aber stürmisch, daß Abg. Goebels die Beleidigung zurücknimmt. Ein entsprechender Zuruf eines sozialdemokratischen Abg. wird von den Nationalsozialisten mit Hochgeschall beantwortet. Präsident Ede bittet erneut um Ruhe und bemerkt, daß er die Rede zum Abschluß bringen habe und der Zwischenfall dadurch erledigt sei. Die Sozialdemokraten rufen: Er muß die Beleidigung zurücknehmen!

Nach weiteren vergeblichen Versuchen, die Ruhe wiederherzustellen, unterbricht Präsident Ede die Sitzung für eine halbe Stunde.

## Die zweite Sitzung.

Nach etwa einstündiger Unterbrechung eröffnet Präsident Ede die Sitzung wieder. Er erklärt, daß der Welt-